

23. Linzer Konferenz  
8.-12. September 1987

Referat zum  
Tagungsordnungspunkt 1  
Korreferat zum  
Referat von I. Lunjow und L. Minajew

Jürgen Rojahn  
Niederlande

---

Arbeiterbewegung und Friedensfrage 1917/18:

Beendigung des Kriegs durch "revolutionären Austritt"?

Menschlichem Verhalten, auch dem erkennenden des Wissenschaftlers, liegen immer (allerdings nicht immer reflektierte) Wertungen zugrunde. Daher der sog. "Werturteilsstreit", d.h. die Diskussion über die Rolle der Werturteile in den Wissenschaften. Umstritten ist nicht, daß die Wertungen des Forschers nicht nur sein Interesse leiten, sondern auch gewisse Vorentscheidungen bestimmen, so etwa die Wahl des Gegenstands, die Entscheidung für bestimmte Regeln etc. Umstritten ist vielmehr, inwieweit der Forscher qua Wissenschaftler seine eigenen Wertungen aus seinen Aussagen heraushalten kann bzw. soll. Was letzteres betrifft, reicht die Skala von Max Webers Forderung der "Wertfreiheit" bis zu der von marxistischer Seite vertretenen Forderung bewußter "Parteilichkeit", bei der es aber - n.b. - nicht um pure Willkür geht. Nach Marx' Auffassung lag im Interesse der fortschrittlichsten Klasse, des Proletariats, die rücksichtsloseste, umfassendste Erforschung der Wirklichkeit. Sonst wäre das Ergebnis eine ideologische Verzerrung, die sich auf die Dauer kontraproduktiv auswirken würde.<sup>1)</sup>

Jedenfalls spricht einiges dafür, sich über die leitenden Wertvorstellungen im voraus zu verständigen, was im Fall der Friedensforschung nicht so schwierig scheint. Die Mehrzahl der betreffenden Studien dürfte durch die zunehmende Sorge um den Frieden inspiriert sein, dessen Erhaltung gegenwärtig nicht nur ein Problem unter vielen, sondern die Bedingung der Möglichkeit der Lösung jedes anderen Problems ist. "Zum erstenmal in der Geschichte ist", um etwa Kurt Hager zu zitieren, "eine Lage entstanden, wo es um Sein oder Nichtsein der Menschheit geht, wo buchstäblich die Existenz der Menschheit gefährdet ist" - woraus sich weitreichende Konsequenzen ergeben: "Gerade das Streben nach einer Koalition der Vernunft - alles zu tun, um die Gattung Mensch zu erhalten - offenbart, daß die

allgemeinmenschlichen Interessen sich in unserer heutigen Welt stärker ausprägen. [...] Es stellt sich das Verhältnis von Menschheitsinteressen und Klasseninteressen neu."<sup>2)</sup>

Die Hauptaufgabe dürfte sein, die friedliche Koexistenz verschiedener Gesellschaftssysteme so zu gestalten, daß zwar nicht das "Gleichgewicht", wohl aber der beiderseitige "Schrecken" abgebaut wird. Soweit die historische Forschung einen - sei es noch so bescheidenen - Beitrag hierzu leisten kann, bestünde er wohl vorzugsweise in der Vergegenwärtigung, Analyse und kritischen Reflexion relevanter Erfahrung. Die Situation vor dem September 1939 scheint hierbei ein "Ausnahmefall";<sup>3)</sup> jedenfalls scheint, was sie unter dem hier interessierenden Aspekt lehrt, einfach: daß ein Regime, das für seine die Freiheit, ja Existenz anderer Völker bedrohenden Ziele einen Krieg zu führen bereit ist, durch eine blauäugige Politik des appeasement bzw. fragwürdige Pakte, die die Risiken für es verringern, nur in seinem aggressiven Kurs bestärkt wird. Wer würde aber - bei allen Vorbehalten gegen ihre Politik - die Reagan administration von 1987 dem NS-Regime von 1937 gleichsetzen? Wer würde eine entsprechende Analogie in bezug auf die sowjetische Führung konstruieren? Wenn dies in der Zeit des Kalten Kriegs im Westen oft getan wurde, so zeugt es von dem seither eingetretenen Wandel, daß bei der Erörterung der gegenwärtigen Gefahren für den Frieden seit den 60er Jahren eher auf ein anderes Paradigma zurückgegriffen wird: das der Situation vor dem August 1914. Nicht, daß ein "ausgebrochener" Krieg einem "entfesselten" Krieg vorzuziehen wäre. Aber es ist ein Fortschritt, wenn in der Gegenseite nicht mehr nur das immer sprungbereite, aggressive Raubtier erblickt wird, sondern beiderseits die Sorge vorherrscht, daß aus der beiderseitigen Politik ein so labiler Zustand resultieren könnte, daß ein x-beliebiger Konflikt zur Katastrophe eskalieren könnte, die keiner gewollt hat. Und wie es heute - immerhin in einigen Ländern - eine breite, sich gegen die Rüstungspolitik der Regierungen richtende Bewegung für den Frieden gibt, so gab es sie auch damals - in Gestalt der sozialistischen Arbeiterbewegung, deren Geschichte daher zunehmend auch unter dem Aspekt der "Chancen gesellschaftlicher Gruppen zu friedensförderndem Handeln" studiert wird.<sup>4)</sup> Die Betrachtung braucht sich hier

hier durchaus nicht auf die Zeit vor dem August 1914 zu beschränken; denn wie - damals noch - der Krieg nach Clausewitz' berühmtem Wort die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln war, fand ebenso die Friedenspolitik der sozialistischen Parteien im Krieg ihre Fortsetzung.

Meinerseits konzentriere ich mich im folgenden - nach einer kurzen Darstellung der Konzeptionen, von denen sie sich absetzte - auf diejenige Lenins, die ja auch im Mittelpunkt des Referats der sowjetischen Kollegen steht. Und zwar möchte ich besonders auf die These eingehen, die mir die zentrale These ihres Referats zu sein scheint: daß von den verschiedenen Projekten, die angesichts "der Notwendigkeit [...], dem Krieg ein Ende zu setzen", lanciert wurden, nur eine zum Erfolg geführt habe: "Die proletarische Idee eines revolutionären Austritts aus dem Krieg."

Die II. Internationale hatte zwar Kriege, die für sie aus dem Gewaltcharakter eines auf Ausbeutung beruhenden Systems resultierten, grundsätzlich abgelehnt; aber nach der Aufhebung jeder gewaltsamen Unterdrückung, auch der nationalen, strebend, hatte sie den Gebrauch von Gegengewalt, d.h. Verteidigungs- bzw. Befreiungskriege, im Prinzip bejaht. Die Sozialisten hatte dementsprechend ihre Haltung jeweils von der Prüfung des konkreten Falls abhängig gemacht. Auf die Gefahr, daß u.U. die Sozialisten der verschiedenen Länder, von ihren Regierungen irregeleitet, zu verschiedenen Schlüssen kommen könnten, hatte Kautsky bereits 1907 hingewiesen; er hatte damals seinerseits empfohlen, sich jeweils an den internationalen "proletarischen Interessen" zu orientieren, über die nicht eine einzelne Partei für sich befinden könnte.<sup>5)</sup> Was den Weltkrieg anging, auf den die imperialistische Politik der Mächte hintrieb, hatte man nicht ausgeschlossen, daß er mittelbar den proletarischen Interessen dienen, nämlich u.U. zur Revolution führen könnte; aber im Hinblick auf die gewaltigen Opfer, die er fordern würde, war man sich einig gewesen, daß das gemeinsame Bemühen des internationalen Proletariats darauf gerichtet sein mußte, seinen Ausbruch zu verhüten. Endgültig war die Gefahr erst durch den Sturz des kapitalistischen Systems zu bannen; aber wenn der Erhaltung des Friedens vorrangige Bedeutung beigemessen wurde, war es unerläßlich, daß je-

nes Maximalprogramm fundamentaler Veränderungen durch ein unter den bestehenden Verhältnissen realisierbares Minimalprogramm ergänzt wurde. Man hatte hier auf alte liberale Forderungen - demokratische Organisation des Heerwesens, Demokratisierung der auswärtigen Politik, schiedsgerichtliche Lösung internationaler Konflikte, Abrüstung - zurückgegriffen, die auch in gewissen bürgerlichen Kreisen Unterstützung fanden. Aber abgesehen davon, daß auch dieses Minimalprogramm einer Verringerung der Kriegsgefahr durch institutionelle Vorkehrungen nicht gleich realisierbar war, entthob es die Parteien nicht der Aufgabe, bei akuter Kriegsgefahr jeweils von Fall zu Fall zu prüfen, was zu tun sei. Wenn das Bemühen, einen unmittelbar drohenden Krieg zu verhüten, Erfolg haben sollte, mußte es sich jeweils auf eine konkrete Analyse der gegebenen Lage stützen, wobei keineswegs belanglos war, von wem in dieser Lage die Bedrohung ausging. Allerdings lag hier, zumal solange die auswärtige Politik nicht demokratisiert war, die Gefahr, daß die gegebene Lage falsch beurteilt wurde - ein Fall, der 1914 eintrat.

Ob die Internationale damals den Krieg hätte verhindern können, muß dahingestellt bleiben; feststeht, daß die sozialistischen Parteien angesichts des ausgebrochenen Kriegs zu keiner gemeinsamen Haltung fanden. Der einzige Beschluß, der diesen Fall betraf, d.h. der von Lenin, Rosa Luxemburg und Martow<sup>seinerzeit</sup> beantragte Zusatz zur Stuttgarter Resolution von 1907, machte es zwar den Parteien im Fall eines Kriegs zur Pflicht, "für dessen rasche Beendigung einzutreten" sowie die durch den Krieg herbeigeführte Krise "zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen";<sup>6)</sup> aber obwohl Rosa Luxemburg damals nachdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß es nicht nur um die Beendigung des Kriegs ging, sondern zugleich auch um seine Ausnutzung zum Sturz der Klassenherrschaft,<sup>7)</sup> hatte für die meisten Delegierten das erstgenannte Ziel den Vorrang behalten, während der zweite Teil des Zusatzes durch das zugleich stark betonte Verteidigungsrecht neutralisiert worden war. Und obwohl der Zusatz auch in die Kopenhagener Resolution von 1910 übernommen worden war, hatte diese laut einer späteren Erklärung Ledebours, des Referenten der betreffenden Kommission, selbst die Bewilligung von Kriegskrediten freigelassen.<sup>8)</sup> Was

aber die Bestimmung der internationalen proletarischen Interessen anging, hatte, als noch Gelegenheit dazu gewesen war (in Brüssel Ende Juli 1914), niemand geglaubt, daß es zum Krieg kommen würde. So trat ein, was Kautsky seinerzeit befürchtet hatte: die Sozialisten beider Seiten reklamierten für sich den Verteidigungsfall und unterstützten jeweils ihre eigene Regierung. Die wenigen Ausnahmen sind allgemein bekannt. Zu ihnen gehörte auch die deutsche radikale Linke um Rosa Luxemburg, wobei diese ihrerseits - überzeugt, daß eine deutsche Aggression vorlag - zunächst für die bedrohte französische Republik Partei ergriff.<sup>9)</sup> Aber nach der Marne-Schlacht wurde bald deutlich, daß ein schneller deutscher Sieg nicht zu erwarten war, sondern daß der Krieg sich hinziehen würde, wobei sich beide Seiten in der gleichen Weise von den Prinzipien imperialistischer Politik leiten ließen. Unter diesen Umständen erklang der Ruf nach einem aktiven Beitrag der sozialistischen Parteien zur Beendigung des Kriegs stets lauter.

Die Rechte der Parteien der kriegführenden Länder (i.d.R. die "Mehrheit", deren Standpunkt die offiziellen Instanzen vertraten) ging davon aus, daß für die eigene Seite der Verteidigungsfall vorlag. Daß von der eigenen Seite eine Bedrohung ausging, wurde bestritten. Friede war möglich, wenn - so die deutsche Partei - die Gegner "gleichfalls friedensbereit" waren bzw. wenn - so die Entente-Sozialisten - der deutsche Militarismus vernichtet war. Die Herbeiführung dieser Bedingungen, die auf den Sieg der eigenen Seite hinauslief, der auch den proletarischen Interessen dienen würde, wurde in erster Instanz den eigenen Truppen, in zweiter Instanz den sozialistischen Parteien der Gegenseite überlassen. Ein eigenes Auftreten gegen die eigenen Regierung wurde abgelehnt, weil es dem Gegner Hoffnung machen, also "kriegsverlängernd" wirken würde. Eine eigene Aktion war höchstens denkbar, wenn die Symmetrie gewahrt war, d.h. sofern ihr eine entsprechende Aktion der Parteien der Gegenseite korrespondierte.

Diese Haltung bedeutete praktisch den Verzicht auf eine sozialistische Friedenspolitik im Krieg - es sei denn, daß es gelang, bereits im Krieg die Internationale wiederherzustellen bzw. die Parteien der kriegführenden Länder wieder zusammenzuführen. Versuche hierzu gingen vorzugsweise von den Par-

teilen der neutralen Länder und seit Anfang 1915 von der belgisch-niederländischen Exekutive des ISB unter der Führung von Huysmans und Troelstra aus. Auch diese waren indessen ziemlich skeptisch, was gemeinsame Aktionen zur Beendigung des Kriegs betraf; in erster Linie ging es ihnen um die Vorbereitung auf den Frieden. Die durch den Kriegsausbruch überraschten sozialistischen Parteien - so Troelstras Leitmotiv - durften sich nicht auch vom Frieden überrumpeln lassen;<sup>10)</sup> vielmehr mußten sie bei Kriegsende, unter Ausnutzung der starken Friedenssehnsucht, die der Krieg nicht nur im Proletariat, sondern auch in anderen Volksschichten erzeugen würde, gemeinsam darauf hinwirken, daß ein Friede geschlossen würde, der nicht die Keime zu neuen Kriegen enthielte, ferner darauf, daß die Forderungen der Internationale nach Abrüstung etc. realisiert würden. Bei ihren Versuchen, bereits im Krieg die unterbrochenen Kontakte zu erneuern, mußte sich die Exekutive des ISB naturgemäß an die offiziellen Instanzen der Parteien halten. Aussicht auf Erfolg bestand nur, wenn die strikteste Neutralität gewahrt wurde. Nach einem bereits aus dem Herbst 1914 datierenden, in modifizierter Form beibehaltenen Schema strebte die Exekutive zunächst gesonderte Gespräche mit Vertretern der einzelnen Parteien und dann eine allgemeine Konferenz an; aber ihre Bemühungen scheiterten an der intransigenten Haltung der französischen Partei, die jeden - selbst indirekten - Kontakt mit der deutschen Partei ablehnte.

Eine bescheidenerere Variante dieses Plans war das konkurrierende schweizerisch-italienische Projekt eines engeren Zusammenschlusses der Parteien der neutralen Länder zu einer Art Rumpfinternationale, der sich die Parteien der kriegführenden Länder zu gegebener Zeit anschließen könnten; aber hierfür waren wiederum die neutralen Parteien, die die Exekutive des ISB unterstützten, nicht zu gewinnen.

Angesichts der Unmöglichkeit, auf dem Weg über die offiziellen Instanzen voranzukommen, beschlossen Vertreter der oppositionellen, den Burgfrieden ablehnenden Gruppen und Parteien aus den kriegführenden und neutralen Ländern, auf eigene Faust die internationale Zusammenarbeit zu erneuern und die Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Krieg zu mobilisieren. Aber während sich die Zimmerwalder Mehrheit in der Rolle des

Treuhänders der zeitweise gelähmten Internationale sah, forderte die linke Minderheit um Lenin eine ganz entschiedene Absage an die "tote" II., die Gründung einer neuen, wahrhaft revolutionären III. Internationale.

Um den von den Führern der II. Internationale begangenen "Verrat" zu demonstrieren, verwies Lenin i.d.R. auf das Baseler Manifest von 1912, aus dem er nicht nur herauslas, daß man sich über den imperialistischen Charakter des bevorstehenden, 1914 ausgebrochenen Kriegs einig gewesen sei, sondern auch, daß man für den Fall seines Ausbruchs die sofortige Aufnahme des proletarisch-revolutionären Massenkampfs in internationalem Maßstab "vorgesehen" (21/20), ja diese Taktik eindeutig "fixiert" (21/308), "beschlossen" (22/109) habe.<sup>11)</sup> Auffallend selten wies er dabei auf den auch in dieses Manifest aufgenommenen Stuttgarter Zusatz hin; und wenn er darauf hinwies, dann zitierte er stets nur den zweiten Teil ("Aufrüttelung des Volkes"), nie den ersten ("Beendigung des Krieges"), dem er eine untergeordnete Bedeutung beimaß. Es galt den wachsenden Friedensdrang der Massen "auszunutzen", aber nur, "um die [darin zum Ausdruck kommende] revolutionäre Stimmung aus einer unklaren in eine klare umzuwandeln" (21/184).

Überzeugt, daß unter dem Kapitalismus, zumal in seinem imperialistischen Stadium, Kriege unvermeidlich, aber zugleich die objektiven Bedingungen für eine sozialistische Revolution gegeben seien, hatte sich Lenin vor dem Krieg zwar für die allgemeine Volksbewaffnung, aber kaum für eine Sicherung des Friedens durch Abrüstung etc. interessiert, und auch in Demonstrationen gegen die imperialistische Politik, die zum Krieg trieb, hatte er in erster Linie "Proben" (15/208) erblickt. Nachdem der Weltkrieg ausgebrochen war, gab es für ihn nur eins: "die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg" (21/20), auch auf die Gefahr einer Niederlage des eigenen Landes hin, die die Erfolgchancen nur noch vermehren konnte. Dabei stand für ihn durchaus nicht fest, daß schon der gegenwärtige Krieg zum Ziel führen würde; eher sah er zunächst eine "Epoche von imperialistischen Kriegen" voraus, die zum "Beginn einer Epoche von Bürgerkriegen" würde (21/330).

Voraussetzung dafür, daß die historische Chance, die der

Krieg bot, nicht vertan wurde, war jedenfalls ein zielbewußter revolutionärer Wille, eine klare Abgrenzung von allen opportunistischen Tendenzen. Besonders wichtig war hierbei die Aufdeckung des "heuchlerischen Charakters" des "kautskyanischen" Programms eines demokratischen Friedens, das Huysmans in seiner "berüchtigten Rede" in Arnhem im Januar 1916 "nur popularisiert" hatte (22/166, 176f). Es handelte sich hierbei um zu nichts verpflichtende Phrasen, durch die die Massen eingullt, vom revolutionären Kampf abgelenkt, demoralisiert wurden; "nur wenn gleichzeitig zu revolutionärem Kampf aufgerufen wird, erhält die 'Friedens'forderung proletarischen Sinn" (21/331). Ein demokratischer, dauerhafter Friede unter dem Imperialismus, "ohne eine Reihe von Revolutionen", war eine "spießbürgerliche Utopie" (21/152, 184). Als Lenin um die Jahreswende 1916/17 zu dem Schluß kam, daß die kriegführenden Mächte sich binnen kurzem arrangieren würden, trat für ihn die Entlarvung des "in Vorbereitung begriffenen imperialistischen Friedens" in den Vordergrund (23/214). Wenige Wochen später konnte er indessen feststellen: "Die erste vom imperialistischen Weltkrieg erzeugte Revolution ist ausgebrochen" (23/311).

Es wäre Lenin wohl kaum in den Sinn gekommen zu behaupten, daß die Februarrevolution ein Ergebnis seiner eigenen revolutionären Tätigkeit gewesen sei. Der Krieg hatte überall zu einer enormen Verschärfung der Klassengegensätze geführt. Zu den Opfern, die die militärischen Kämpfe forderten, kam eine fortschreitende Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen, die die verschiedenen Klassen nicht in gleichem Ausmaß traf. Hunger, Kriegsmüdigkeit, Erbitterung über die mangelhafte Versorgung, Empörung über hohe Kriegsgewinne kleiner Gruppen - all das erzeugte eine zunehmende Gärung, die sich zunehmend in mannigfaltigen Protestaktionen kundtat. In Rußland, wo sich die sozialen Konflikte bereits vor dem Krieg verschärft hatten, hatte der damalige Innenminister P.N. Durnow schon im Februar 1914 nachdrücklich vor einem Krieg gewarnt, denn: "Im Falle der Niederlage [...] wird die soziale Revolution [...] bei uns nicht zu vermeiden sein".<sup>12)</sup> Bei den strukturellen Schwächen des zaristischen Reichs, dieses "schwächsten Glieds" in der <sup>Keine der</sup> kriegführenden Mächte, hatten sich



die Gegensätze dort schnell zugespitzt, so daß die revolutionäre Situation herangereift war, auf die Lenins Taktik ausgerichtet war.

Die Februarrevolution, durch die Rußland zum "freiesten" der kriegführenden Länder wurde (24/4), machte es für Lenin möglich, die Ereignisse fortan selbst zu beeinflussen. Die Hauptaufgabe sah er dabei darin, jene relative Freiheit auszunutzen für die Fortführung des revolutionären Kampfs bis zur "Eroberung der Macht durch eine Arbeiterregierung" (23/304), wobei der Friedensfrage ganz entscheidende Bedeutung zukam. Nach Lenins Analyse war die Februarrevolution das Ergebnis zweier gegensätzlicher Tendenzen, die sich "dank einer außerordentlich originellen historischen Situation" vereinigt hatten: der vom englisch-französischen Imperialismus unterstützten kapitalistischen Opposition gegen die ineffiziente Kriegführung des zaristischen Regimes auf der einen, der revolutionären Bewegung der Massen für Frieden, Brot und Freiheit auf der anderen Seite (23/316f). Die Gefahr eines imperialistischen Friedens war vorerst nicht mehr akut. Es kam jetzt darauf an, die Massen aufzuklären, daß die Provisorische Regierung, die die erstere Tendenz repräsentierte, den Krieg keineswegs beenden wollte und daß dieser keineswegs ein revolutionärer, sondern immer noch ein imperialistischer Krieg war. Die kleinbürgerliche Losung der "revolutionären Vaterlandsverteidigung" gefährdete die Entwicklung der Revolution, war deren "schlimmster Feind", das kleinste Zugeständnis an sie war "Verrat am Sozialismus" (24/49f). Aber unter den gegebenen Umständen war auch die Losung "Nieder mit dem Krieg" nicht angemessen. "Den Krieg kann man nicht 'auf Wunsch' beenden. Man kann ihn nicht nur auf Beschluß der einen Seite beenden. [...] Man kann nicht aus dem imperialistischen Krieg herausspringen" (24/51f).

Hatte die Februarrevolution einen ersten Schritt zu der Beendigung<sup>des Kriegs</sup> getan, so konnte erst der nächste Schritt, nämlich der "Übergang der Staatsmacht an eine andere Klasse, an das Proletariat", seine Beendigung sicherstellen (24/52). Aber dabei ging es nicht etwa um einen russisch-deutschen Separatfrieden. "Wir wollen keinen Sonderfrieden, keinen Separatfrieden mit Deutschland, wir wollen den Frieden für alle Völker,

wir wollen den Sieg der Arbeiter aller Länder über die Kapitalisten aller Länder" (24/111). Die Bolschewiki würden daher, wenn sie an die Macht kämen, "allen Völkern insgesamt einen nicht auf Gewalt basierenden Frieden, d.h. einen demokratischen Frieden anbieten", der indessen aller Voraussicht nach für die Kapitalisten der kriegführenden Länder "unannehmbar" sein würde; im Falle seiner Ablehnung, die in den betreffenden Ländern "unvermeidlich" revolutionäre Aufstände zur Folge haben würde, würden die Bolschewiki "einen revolutionären Krieg führen" (21/40; 23/383; 24/152; 24/265). "Wir sind keine Pazifisten. Wir sind Gegner der imperialistischen Kriege [...], aber wir haben stets erklärt, daß es unsinnig wäre, wollte das revolutionäre Proletariat die revolutionären Kriege ablehnen, die sich im Interesse des Sozialismus als notwendig erweisen können" (23/384). Der Krieg konnte nur dann durch einen demokratischen Frieden beendet werden, wenn die Staatsmacht "wenigstens in einigen kriegführenden Ländern" in die Hände des Proletariats überging (24/265). "Es gibt keinen anderen Ausweg als die proletarische Weltrevolution, die zur Zeit in Rußland [...] am weitesten vorgeschritten ist, aber auch in Deutschland [...] zusehends heranreift" (24/203f).

Der erwähnte nächste Schritt auf dem Weg der "Vorbereitung des Friedens durch den revolutionären Aufstand von unten" (25/12) war die Oktoberrevolution, die Lenin die Macht gab, sein Programm - soweit das von ihm abhing - in die Tat umzusetzen. Am 8. November 1917 trug er dem Sowjetkongreß in Petrograd das von ihm entworfene Dekret über den Frieden vor, wobei er abermals betonte, der Krieg könne "nicht durch die Weigerung, Krieg zu führen, [...] nicht durch eine der Seiten allein beendet werden" (26/243). Am 28. November erging ein förmliches Verhandlungsangebot, das die deutsche Regierung nur zu gerne annahm. Aber die Hoffnung, daß man diese Verhandlungen bis zum Ausbruch der Revolution auch im Westen, namentlich in Deutschland, hinausziehen könne, ging nicht in Erfüllung, und auch der Übergang zum revolutionären Krieg, den Lenin noch Ende Dezember erwog, versprach keinen Erfolg. Der Friedensdrang der Massen, den die Bolschewiki bis dahin für sich hatten nutzen können, entzog sich nun ihrer Kontrolle. Nicht zuletzt, weil er befürchtete, daß die bäuerliche Armee sonst "die soziali-

stische Arbeiterregierung stürzen [würde]", trat Lenin bereits Anfang Januar 1918 für den "sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens" ein (26/442ff), wobei er gegenüber jenen, die sich auf seinen "alten Standpunkt" beriefen, nachdrücklich betonte, daß es darum ging, "die veränderten Bedingungen zu berücksichtigen, die eine schnelle, jähe Veränderung der Taktik erfordern" (26/451f). Allerdings wurde zunächst nicht sein, sondern der Vorschlag Trotzki's angenommen, d.h. der Vorschlag, den Krieg einseitig für beendet zu erklären. Erst nachdem die Mittelmächte ihren Vormarsch wieder aufgenommen hatten, konnte er sich durchsetzen, und im Hinblick auf "die Unmöglichkeit des Widerstands" (27/25), "die Unmöglichkeit eines revolutionären Kriegs", "die bittere Wahrheit [...], daß wir keinen anderen Ausweg haben", "weil sich ohne das Volk kein Krieg führen läßt" (27/27ff), wurde am 3. März 1918 der Brester Friede unterzeichnet.

Nach dem bis hierher Ausgeführten scheint die These, daß nur die "proletarische Idee des revolutionären Austritts aus dem Krieg" zum Erfolg geführt habe, durchaus anfechtbar. Die Bezeichnung "Austritt" würde wohl am ehesten auf die von Trotzki angeregte einseitige Beendigung des Kriegs zutreffen; aber abgesehen davon, daß der entsprechende Versuch nicht zum Erfolg, sondern zu einer "schweren Niederlage" (27/29) geführt hat, ist er kaum gemeint. Was aber Lenins Konzeption betrifft, so scheint der Ausdruck "Austritt" angesichts von Lenins wiederholter Feststellung, "daß es ein Unsinn sei anzunehmen, man könne allein aus diesem Krieg ausscheiden" (25/26), nicht eben glücklich. Die Oktoberrevolution war zwar ein entscheidender Durchbruch in der Richtung auf den angestrebten demokratischen Frieden, aber die revolutionäre Regierung konnte diesen ihrerseits nur anbieten. Der "Erfolg", d.h. ob es wirklich zu solch einem Frieden kam, "[hing] vom Verlauf der internationalen proletarischen Revolution ab" (24/210), d.h. davon, ob <sup>die</sup> proletarische Revolution auch im Westen, insbesondere in Deutschland, siegte. Auch die Annahme des Brester Friedens war kein einseitiger "Austritt", sondern die erzwungene Unterwerfung unter ein "Diktat". Und da die Sowjetregierung diesen Frieden, der in keiner Weise der erstrebte war, nur annahm, weil ihr die Kräfte fehlten, den Krieg fortzusetzen

zen, wird man in der Annahme nicht unbedingt einen "Erfolg", jedenfalls nicht einen ihrer Friedenspolitik, erblicken können. Sie könnte jedoch mittelbar, d.h. in dem Maß, in dem sie den Zielen jener Politik diene, ein Erfolg gewesen sein - z.B. in dem Maß, in dem die "propagandistische, revolutionierende Wirkung" (26/449), die von ihr ausging, zum Sieg der proletarischen Revolution im Westen beitrug.

Was Deutschland anging, so erklang auch hier der Ruf nach Frieden, Brot und Freiheit in den Jahren 1917/18 immer lauter. Die Lebensmittelknappheit hatte eine wachsende Erbitterung zur Folge, die sich nicht nur gegen die Produzenten und Händler, sondern in dem Maß, in dem der Staat selbst reglementierend eingriff, immer mehr auch gegen die Behörden richtete, die diese Politisierung der Konflikte ihrerseits noch dadurch förderten, daß sie in jedem x-beliebigen Protest eine den Kriegsausgang gefährdende, daher im Keim zu erstickende Bekundung fehlenden Willens zum "Durchhalten" erblickten. Angesichts der amtlich geförderten Agitation für einen "Siegfrieden" kamen indessen bei den erschöpften Massen immer stärkere Zweifel am Verteidigungscharakter des Kriegs auf, der die Voraussetzung des Burgfriedens gewesen war. Wenn in der neueren Literatur von verschiedener Seite - wohl zu Recht - bezweifelt wird, daß die nationale Begeisterung im August 1914 tatsächlich auch die Arbeiter so stark erfaßt habe, wie Mehrheitler danach behaupteten,<sup>13)</sup> so bleibt das Faktum, daß es auch eine entschiedene Opposition gegen den Krieg zunächst kaum gab. Erst die Erfahrung, daß der Krieg die Klassengegensätze keineswegs zurücktreten ließ, ja selbst Klasseninteressen diene, setzte bei den Massen einen immer stärkeren Friedensdrang frei. Nachdem es schon im Herbst 1915 zu den ersten Lebensmittelunruhen gekommen war, fand anläßlich der Verurteilung Karl Liebknechts im Juni 1916 der erste politische Massenstreik statt, dem 1917/18 weitere, immer größere folgten; im Sommer 1917 kam es auch zu ersten Unruhen auf der Flotte.

Niemand wird bestreiten können, daß diese Bewegung durch die Oktoberrevolution, das Dekret über den Frieden, die Verhandlungen von Brest-Litowsk beträchtliche Impulse erhielt. Besonders für den großen Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 ist dies eindeutig belegbar. Aber ähnliche Impulse waren

auch schon von der Februarrevolution, dem Aufruf des Petrograder Sowjets vom 27. März 1917, dem Projekt der Stockholmer Konferenz sowie der Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917 ausgegangen. Gerade bei den Flotten-Unruhen im Sommer 1917, in denen Lenin Vorboten der unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution erblickt hatte (26/59f), hatten Berichte von der in Stockholm geplanten Konferenz eine maßgebliche Rolle gespielt.<sup>14)</sup> Vermutlich gilt auch hier, was John Breuilly in einem anderen Kontext festgestellt hat, nämlich daß die Masse der Arbeiter auf die verschiedenen Ideen, Vorschläge, Deklarationen selektiv reagierten, d.h. daraus jeweils das selektierten, was dem entsprach, was sie, auf der Grundlage ihrer Traditionen, selbst für ihr Interesse hielten.<sup>15)</sup> 1917/18 wünschten sie - nächst "Brot" - vor allem einen baldigen Frieden auf der Basis der "Verständigung".

So konnte auch die im April 1917 gegründete USPD eben dadurch, daß sie der Friedensforderung den Vorrang gab, die gesamte, sehr heterogene Opposition gegen die Kriegspolitik der Mehrheitssozialisten sammeln; daß das der Aktionskraft vielleicht nicht zugute kam, bedeutete noch nicht, daß ihre Agitation "wirkungslos" gewesen wäre; denn allein schon dadurch, daß sie für den Frieden agitierte, trieb sie die Bewegung voran, wobei sie es der Basis überließ, das Tempo zu bestimmen. Wenn sie keine größere Wirkung erzielte, dann kaum deshalb, weil sie nicht den revolutionären Weg wies (die radikale Linke, die dies tat, erzielte eine noch geringere Wirkung, fand ihr revolutionärer Aktionismus doch nur wenig Anklang<sup>16)</sup>), sondern wohl in erster Linie deshalb, weil die Mehrheit des Volks, durch den Brester Frieden darin noch bestärkt, noch immer einen günstigen Kriegsausgang erhoffte. Der Umschwung trat erst ein, als angesichts der immer massenhafter auf dem westlichen Kriegsschauplatz eintreffenden amerikanischen Truppen zur Erschöpfung die Erkenntnis, daß der Krieg verloren war, hinzukam.

Die fatale Rolle, die später die "Dolchstoß"-Legende gespielt hat, d.h. die Legende, daß erst der Ausbruch der Novemberrevolution das Kriegsende erzwungen habe, ist bekannt. Daß der Waffenstillstand von Compiègne erst zwei Tage nach dem 9. November 1918 abgeschlossen wurde, hatte wenig zu bedeuten; keinesfalls war er ein "revolutionärer Austritt aus dem Krieg".

Nichtsdestoweniger schien sich Lenins Hoffnung nunmehr zu erfüllen: "Die Länder, die eine Niederlage erlitten haben, erleben jetzt den Sieg der Arbeiterrevolution", und wenn der Sowjetstaat nur kurz zuvor noch ein geschlagenes Land gewesen war, so stand er jetzt an der Spitze der proletarischen Armee, die auch in anderen Ländern zum Sturm ansetzte. "Dieser Erfolg hat [...] alle gebrachten Opfer vollauf gerechtfertigt" (28/148f). Zwar war Lenin sich im klaren, daß die deutsche radikale Linke zahlenmäßig schwach war; aber gegen das Argument der kleinen Zahl hatte er schon 1916 einmal an das Beispiel Rußlands erinnert, wo die "entschlossenen Revolutionäre", um 1900 ebenfalls nur eine winzig kleine Minderheit, fünf Jahre später an der Spitze von Millionen gestanden hatten, weil sie "wirklich die Interessen der Massen vertrat[en]" (23/204). So war er überzeugt, daß in Deutschland die Zukunft "jener Richtung, die einen Karl Liebknecht hervorgebracht hat", gehörte (23/386). Hatte nicht das deutsche Proletariat dem russischen, das "weniger organisiert, geschult und klassenbewußt" war als das anderer Länder (23/384), in dieser Hinsicht viel voraus?

Vermutlich war eher umgekehrt die langjährige Schulung der deutschen Arbeiter in den sozialdemokratischen Organisationen einer der Gründe dafür, daß der Einfluß der radikalen Linken so begrenzt blieb. Auch die Sympathie, die Liebknecht bezeugt wurde, galt vor allem seinem mutigen Auftreten gegen den Krieg, weit weniger der von seiner Gruppe propagierten revolutionären Linie. Ob der Friedensdrang der Massen an sich ein revolutionärer Drang in Lenins Sinn war, ist empirisch kaum zu klären. Die Bewegung richtete sich zunächst gegen die Regierung, die Behörden, ferner gegen das politische System, wobei aber die Forderungen, die gestellt wurden, nicht über die auch von der Mehrheit des Reichstags vertretenen bürgerlich-demokratischen Forderungen hinausgingen; in dieser Hinsicht spielte auch der Gegensatz der beiden sozialdemokratischen Parteien keine nennenswerte Rolle, so daß sich, als der Krieg beendet war, ein starker Einheitsdrang von unten geltend machte,<sup>17)</sup> ja die Mehrheitspartei mühelos die Führung übernehmen konnte, während der Spartakusbund selbst auf dem I. Rätekongreß im Dezember 1918 nur 10 von 489 Delegierten stellen konnte.

Selbstverständlich gibt es dafür, daß es in Deutschland

damals nicht zu einer sozialistischen Revolution kam, viele - in der Literatur ausgiebig erörterte - Gründe. Angesichts dessen, daß damals in keinem Land außer Rußland solch eine Revolution siegte, liegt es nahe, vielmehr ihren Sieg dort aus spezifischen Bedingungen, die woanders fehlten, zu erklären. Der entscheidende Grund dürfte wohl der gewesen sein, daß die Provisorische Regierung trotz des starken Friedensdrangs der Massen den Krieg fortgesetzt hatte, so daß die Bolschewiki, die frei agitieren konnten, diesen Drang für ihre eigene Machtergreifung nutzen können. Daß sie ansonsten ebenfalls nur eine Minderheit hinter sich hatten, hatten die im Dezember 1917 abgehaltenen Wahlen zur Konstituante gezeigt, bei denen sie nur 25 % der Stimmen erhalten hatten. Während sie dem Friedenswunsch entsprochen hatten, hatten sie durch Auflösung der Konstituante ihre eigene Diktatur errichten können.

Wenn es aber in Deutschland bei der bürgerlich-demokratischen Revolution blieb, wenn die sozialistische Revolution in Europa ausblieb, dann hatte auch der von Lenin propagierte Weg zur Beendigung des Kriegs nicht zum Erfolg geführt. Dann wurde der Krieg beendet durch einen "imperialistischen Frieden", d.h. einen Frieden, der in Lenins Augen "nur als Waffenstillstand, als Unterbrechung, als Vorbereitung zu neuem Völkermord gelten [konnte]" (26/387). Solch einen Frieden hatte Lenin niemals angestrebt, wie überhaupt die Beendigung des Kriegs an sich niemals sein Ziel (geschweige denn "die Aufgabe der Aufgabe") gewesen war. Das Ziel war die internationale proletarische Revolution, die eo ipso jedem Krieg ein Ende setzen würde. Ende 1918 hoffte Lenin dementsprechend, daß, wie der Brester Friede dem deutschen Imperialismus, so der künftige Friede, der "für die Deutschen ein Brester Friede sein [würde], der den werktätigen Massen statt Frieden noch größeres Leid bringt", binnen absehbarer Zeit dem englisch-französisch-amerikanischen Imperialismus zum Verhängnis werden würde; denn wenn es der Bourgeoisie der westlichen Länder "heute gelänge, sich [...] zu halten, dann wäre das jedenfalls für eine ziemlich lange Zeit" (28/148f)...

Es bleibt das Verdienst der internationalen radikalen Linken, in Deutschland namentlich das Liebknechts, daß sie am frühesten und am entschiedensten gegen den Krieg protestiert

und dadurch die Bewegung für den Frieden vorangetrieben hat. Und das Dekret über den Frieden vom November 1917 mit seinem Bekenntnis zum Recht jeder Nation, "in freier Abstimmung über die Formen ihrer staatlichen Existenz ohne den mindesten Zwang selbst zu entscheiden" (26/240), bleibt eines der bedeutendsten historischen Dokumente. Aber die Hoffnung auf die internationale proletarische Revolution, die dreierlei auf einmal bringen würde, nämlich die Beendigung des Kriegs, einen dauerhaften Frieden und den Sozialismus, hat sich nicht erfüllt; und die Sowjetrepublik hat ihre revolutionäre Unschuld, die nur Gegengewalt kannte, bald verloren.

Zur Lösung unserer gegenwärtigen Probleme scheint eine Konzeption, in der das Ziel der Weltrevolution vor dem des Friedens eindeutig den Vorrang hatte, in der das Friedensziel den revolutionären Zielen untergeordnet war, nur wenig hilfreich; denn die gegenwärtige Hauptaufgabe besteht ja eben in der Sicherung des Friedens vor, nicht nach dem weltweiten Sieg des Sozialismus. Unter diesem Aspekt scheint das Minimalprogramm, das die II. Internationale schon vor 1914 formuliert hatte, zur Zeit weit relevanter. Und wenn Lenin 1918 davon sprach, daß der Krieg "zur Untergrabung der Existenzbedingungen der menschlichen Gesellschaft führen kann", zitierte er ausdrücklich "die Sozialisten aller Länder", die "schon viele Jahre vor dem Krieg" auf diese Gefahr hingewiesen hatten (27/420). Aber jene hatten gehofft, daß die Katastrophe nicht unvermeidlich sei. Und eben das hoffen auch wir.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Jerzy Topolski, Metodologia historii, 2. Aufl. Warszawa 1973, S. 292ff, 566ff; Werturteilsstreit, hrsg. von Hans Albers und Ernst Topitsch, 2. Aufl. Darmstadt 1979.
- 2) Neues Deutschland, 6. November 1986.
- 3) Vgl. Golo Mann, "Der Griff nach der Weltmacht", in: Deutsche Kriegsziele 1914-1918. Eine Diskussion, hrsg. von Ernst Wilhelm Graf Lynar, [Frankfurt/M-Berlin 1964], S. 191.
- 4) Vgl. Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, hrsg. von Wolfgang Huber und Johannes Schwerdtfeger, Stuttgart [1976], S. 7.
- 5) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Essen vom 15.-21. September 1907, Berlin 1907, S. 261f.
- 6) Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart. 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, S. 66.



- 7) Ebenda, S. 97f.
- 8) Ledebour erklärte dies in der Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion am 2. Februar 1915. Vgl. Wilhelm Dittmann, Erinnerungen (Ms.), IISG. Anhand seiner Notizen gibt Dittmann in seinen Memoiren einen ausführlichen, protokollartigen Bericht von dem Verlauf der Debatten der Fraktion vom August 1914 bis zur Spaltung im März 1916, der weit über das offizielle Protokoll hinausgeht. In meiner demnächst erscheinenden Edition der Erinnerungen sind auch abweichende bzw. ergänzende Notizen anderer Mitglieder der Fraktion berücksichtigt, so daß sich ein ziemlich genaues Bild der durch keine Zensurrücksichten behinderten Diskussionen über die Kriegspolitik der SPD ergibt.
- 9) Vgl. Jürgen Rojahn, "Um die Erneuerung der Internationale: Rosa Luxemburg contra Pieter Jelles Troelstra. Zur Haltung der radikalen Linken in Deutschland nach dem 4. August 1914", in: International Review of Social History, Vol. XXX (1985), S. 3off.
- 10) So erstmals in Het Volk vom 3. August 1914.
- 11) Vgl. W.I. Lenin, Werke, 40 Bde, 2 Erg.bde, 2 Reg.bde, Inhaltsverzeichnis, Berlin 1955-1971. Nachweise der einzelnen Zitate unmittelbar im Text (Band/Seite).
- 12) Zit. nach Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover [1963], S. 45.
- 13) Vgl. besonders Friedhelm Boll, Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918, Bonn [1980], S. 100ff.
- 14) Vgl. Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928, IV. Reihe, Bd. 9/1, Berlin 1928, S. 20ff.
- 15) Vgl. John Breuilly, "Liberalismus oder Sozialdemokratie? Ein Vergleich der britischen und deutschen politischen Arbeiterbewegung zwischen 1850 und 1875", in: Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert, hrsg. von Jürgen Kocka, Göttingen [1983], S. 141f.
- 16) Vgl. Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, [Wien 1924], S. 65f.
- 17) Vgl. Dittmann, a.a.O. (Anm. 8).